

Zu lange beschwiegen

Nach dem islamistischen Mord in Frankreich: In Deutschland entzündet sich nur eine zaghafte Debatte

Michael Paulwitz

Der Islam, der nach gängiger Lesart auch zu Deutschland gehören soll, gebiert Monster. Wozu fanatische Islamisten in ihrem religiös fundierten Blutrausch in der Lage sind, hat die Ermordung des Pariser Lehrers Samuel Paty nicht nur den Franzosen, sondern ganz Europa in atavistischer Brutalität vor Augen geführt. Für einen Moment drängte der Tod des Pädagogen, der am hellichten Tag auf offener Straße enthauptet wurde, weil er mit seinen Schülern über Meinungsfreiheit am Beispiel von Religionskritik diskutiert hatte, die üblichen Mechanismen des Beschweigens an den Rand.

So schockierend der Ausbruch des Barbarischen ist, der Mord an Samuel Paty war kein Einzelfall. Nicht im vom Terror heimgesuchten Frankreich, aber auch nicht in Deutschland, Belgien, Großbritannien, Schweden oder anderen europäischen Ländern, die von ihren politischen Eliten für islamische Einwanderung geöffnet worden sind. Wo Parallelgesellschaften gedeihen, wächst auch die religiös grundierte Gewalt islamischer Fanatiker. Um so bezeichnender sind die Unterschiede in den öffentlichen Reaktionen.

In Frankreichs Städten gingen nach dem Mord an Samuel Paty Zehntausende auf die Straße. Der Lehrer, der für seine pädagogischen Überzeugungen gestorben war, erhielt ein Staatsbegräbnis und posthum die höchste Auszeichnung der Republik. Präsident Emmanuel Macron selbst hielt die Trauerrede auf den Ermordeten. Die Ermittler hoben ein islamistisches Netzwerk um den tschetschenischen Täter aus, extremistische Moscheen wurden geschlossen und Hunderten Islamisten die Abschiebung angedroht.

Eine Demonstration der Stärke, die über die Grenzen Frankreichs hinaus wirkte: In zahlreichen islamischen Ländern weltweit fanden organisierte antifranzösische Kundgebungen statt. Fanatiker riefen zum Boykott französischer Waren auf. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan stellte sich an die Spitze dieser Bewegung, attackierte ganz Europa als „rassistisch“ und „islamfeindlich“ und beschimpfte Macron als „geisteskrank“.

Wenn es eines Beweises bedurft hätte, daß es sich bei islamistischen Morden wie dem an Samuel Paty nicht um ein hausgemachtes soziales Problem handelt, sondern um Begleiterscheinungen einer globalen kulturellen Auseinandersetzung, so war er damit erbracht. Mit einem als radikale politisch-religiöse Ideologie verstandenen Islam, dessen Anhänger sich über eine kritisch-despektierliche Darstellung ihres Propheten

mehr entrüsten als über einen in dessen Namen begangenen Mord, ja die diesen Mord sogar noch bejubeln, ist keine Verständigung und keine „Integration“ möglich. Die Auseinandersetzung ist existentiell.

Auch Deutschland ist längst Schauplatz und Ziel dieses kulturellen Zusammenpralls, bei dem regelmäßig Blut fließt – das Blut der Angegriffenen, der europäischen „Ungläubigen“. So Anfang Oktober in Dresden; die Umstände wurden bezeichnenderweise erst nach dem Paty-Mord bekannt: Ein Syrer, IS-Sympathisant, 2015 als „Flüchtling“ ins Land gekommen, reihenweise wegen schwerer Straftaten verurteilt, als Asylbewerber nicht anerkannt und trotzdem nicht abgeschoben, sondern weiter „geduldet“ und durchgefüttert, ersticht einen 55jährigen deutschen Reisenden aus Nordrhein-Westfalen, wohl weil er ihn als Homosexuellen verachtete. Ein Fall, in dem sich das ganze Staatsversagen der deutschen Asyl- und Migrationspolitik der letzten Jahre bündelt.

Kein Wort hierzu von Bundeskanzlerin oder Bundespräsident, geschweige denn ein Orden oder ein Staatsbegräbnis. So wenig wie für all die anderen, die bereits Opfer dieser Politik wurden. Immerhin: Es werden Stimmen laut, die das vor diesem Hintergrund erst recht groteske fortbestehende Abschiebeverbot für Straftäter nach Syrien in Frage stellen. Und während linke Politiker kaltschnäuzig den „Schutz“ von Straftätern wie dem Messermörder von Dresden über die Sicherheitsinteressen der einheimischen Bürger stellen, kritisiert der in den Bundestag strebende Juso-Chef Kevin Kühnert das Schweigen der deutschen Linken zum Islamisten-Mord an Samuel Paty.

Bemerkenswert ist diese Selbstverständlichkeit nur vor dem Hintergrund, daß sie vom Vertreter einer Partei kommt, die am Dogma potentiell unbeschränkter Einwanderung aus islamischen Ländern unbeirrt festhält. In den lieblosen Sprachschablonen des Bundesaußenministers zum Mord an Samuel Paty kam das Stichwort „islamistisch“ genausowenig vor; nur lahm stellt sich die Bundesregierung an die Seite des von Erdogan massiv attackierten französischen Präsidenten, läßt sich fast widerspruchslos von dem türkischen Sultan wegen einer Betrugs-Razzia in einer Berliner Moschee als „rassistisch“ beschimpfen, während Bundesinnenminister Horst Seehofer es der Islam-Lobby zuliebe vorzieht, eine Kommission gegen sogenannte „Islamophobie“ einzurichten.

Die französische Reaktion auf den islamischen Terror mag markiger ausfallen; dort ist die Lage noch dramatischer, auch wenn Deutschland im Begriff ist, in wenigen Merkeljahren die Fehler Frankreichs von Jahrzehnten nachzuholen. Doch auch Macron bleibt letztlich an der symbolpolitischen Oberfläche. Frankreich hat der Islamisierung der Gesellschaft und der Unterwanderung von Schulen über Jahre nur zugesehen. Mit der so wohlklingenden wie aussichtslosen Mission, migrantische Parallelgesellschaften zu „Republikanern“ zu erziehen, hat die Republik Lehrer wie Paty alleingelassen. Als er von Drohungen und Todes-„Fatwas“ berichtete, bügelte man ihn ab; Orden und Staatsbegräbnis kamen für ihn zu spät. Denn die Wurzel des

Problems liegt in der Demographie. Wer den Angriff auf unsere Lebensart zurückweisen will, muß die islamische Migration nach Europa grundsätzlich in Frage stellen. Solange die Eliten diesseits und jenseits des Rheins dazu nicht bereit sind, stehen die Weichen weiter in Richtung Islamisierung und Unterwerfung.

Es herrscht der Notstand

Corona-Regime: Die Regierung arbeitet mit einem System der

Angstverbreitung

Bruno Bandulet

Kennzeichen des Systems Merkel sind Kartellisierung der Politik, Mißachtung rechtsstaatlicher Regeln, Diskursverengung und Sanktionierung unerwünschter Meinungen. Mit letzterem mußte in der vergangenen Woche auch Klaus Reinhardt Bekanntschaft machen, in Bielefeld praktizierender Hausarzt und Präsident der Bundesärztekammer.

Reinhardt hatte in der Talkshow bei Markus Lanz Zweifel an der generellen Wirksamkeit von Atemschutzmasken geäußert und auf Nachfrage präzisiert, daß man die Masken dort tragen könne, wo ein ausreichender Abstand nicht möglich sei, so im öffentlichen Nahverkehr, in kleinen Geschäften und engen Räumen. Die Maske auch an der frischen Luft zu tragen, halte er hingegen für medizinischen Unsinn, das sei seine persönliche Meinung. Reinhardt fügte hinzu, er wolle sich auf gar keinen Fall in diesen Maskenkrieg einmischen. „Ich finde nur, daß wir darüber nachdenken müssen, ob die Vermummung ein Standardgebot werden soll und muß.“ Für ihn als Arzt sei es ein seltsames Gefühl, einem Patienten nicht ins Gesicht schauen zu können.

Karl Lauterbach, omnipräsent in den Medien seit Ausbruch der Epidemie, reagierte unverzüglich. Der Ärztekammerpräsident sei „nicht mehr tragbar“ und müsse zurücktreten, „es sei denn, er distanziert sich von diesen Äußerungen“. Das tat Reinhardt dann auch schnellstens und bekräftigte in einer knappen Erklärung den Nutzen des Mund-Nasen-Schutzes.

Er verzichtete darauf, noch einmal zu differenzieren wie in der Talkshow. Er widerrief, er durfte im Amt bleiben, Ende der Diskussion. Im heutigen Deutschland darf tatsächlich jeder seine Meinung sagen, er muß dann eben die Konsequenzen tragen, sich entschuldigen oder seine Worte wieder einsammeln. Im vorliegenden Fall: Mundschutz und Maulkorb. Reinhardt hatte sich an einem Fetisch versündigt, einem mit magischer Kraft ausgestatteten Gegenstand.

Zu denen, die darüber wachen, was gesagt werden darf und was nicht, gehört eben auch Karl Lauterbach: früheres Mitglied der CDU, seit 2001 bei der SPD, 1991 promoviert zum Dr. med., Approbation als Arzt erst 2010, ohne seitdem praktiziert zu

haben, langjähriges Aufsichtsratsmitglied der Rhön-Klinik AG, ein Mann, der davon lebt, in diversen Funktionen über Fragen von Gesundheit und Krankheit zu urteilen. Doch selbst der „Faktenfinder“ der Tagesschau bescheinigte ihm, daß er in Sachen Corona des öfteren falsch zitiert oder mit seinen Behauptungen danebenliegt und sich „eher selten“ korrigiert. Mit der inzwischen abgelegten Fliege wirkte er nur skurril, jetzt gibt er den Jakobiner und maßregelt die Corona-Untertanen mit schneidendem Tonfall.

Wenn Lauterbach Tatsachen und Meinungen vermengt, wenn er Angst bewirtschaftet und Alternativlosigkeit predigt, dann agiert er als typischer Exponent des unter Merkel etablierten Corona-Regimes.

Wenn die Regierung unfehlbar wäre, hätte sie schon im Januar und nicht erst im März auf das Virus reagiert. Statt dessen wurde Corona erst einmal kleingeredet. Frühzeitige Planung ist auch keine Stärke dieser Regierung. Schon vor Jahren wurde eine Epidemie vom Typ Corona im Bundesinnenministerium zweimal durchgespielt, nur wurden keine Konsequenzen gezogen und keine Vorbereitungen getroffen.

2020 schlug dann eine anfangs schlecht gemanagte Krise um in eine Rechtsstaatskrise. Auch die Wissenschaft hat bis heute keine evidenzbasierte Kenntnis darüber, einen wie großen Anteil an den Ansteckungen Masken verhindern, ob zum Beispiel Schmierinfektionen überhaupt eine Rolle spielen und warum sich das Virus in Ländern mit brutalem Lockdown wie Spanien stärker verbreitet als in Ländern, die liberaler und unkoordinierter reagieren wie die USA.

Im einen Interview mit der Neuen Zürcher Zeitung hat Hans-Jürgen Papier, Präsident des Bundesverfassungsgerichtes von 2002 bis 2010, beklagt, daß die Regierung beliebig in Grundrechte eingreife, in Grundrechte wie die Berufsfreiheit, die Bewegungsfreiheit, die Versammlungsfreiheit.

Die regelmäßigen Treffen der Bundeskanzlerin mit den Chefs der Länderregierungen, so Papier, seien als Gremium in der Verfassung nicht vorgesehen. Nur das Parlament sei legitimiert, Grundrechte einzuschränken – was es bekanntlich bisher unterlassen hat. Statt dessen wird per Dekret auf dem Verordnungsweg regiert, eine Selbstermächtigung der Obrigkeit und eine Selbstentmächtigung der Parlamente. Nun will Merkel auch noch einen „Lockdown Light“, der eine Schließung von Bars, Restaurants und Kneipen beinhalten könnte, obwohl das Robert-Koch-Institut (RKI) die Gastronomie ausdrücklich nicht für einen Infektionstreiber in der Corona-Pandemie hält.

Nicht erst seit Corona, im Grunde schon seit dem Ausbruch der Eurokrise 2010 formierte sich ein System, das mit Angstverbreitung arbeitet und Risiken aller Art zu minimieren vorgibt, um sich neue Machtoptionen zu verschaffen. „Scheitert der Euro, scheitert Europa“, behauptete Angela Merkel. „Corona ist tödlich“, verkündete Markus Söder. Daß die Klima-Apokalypse nur noch mit Batterie-Autos, Windrädern und Landschaftszerstörung abgewendet werden kann, ist ebenso Konsens.

Wo der permanente Notstand herrscht, werden Verträge und Verfassungen ausgehebelt, werden Nebenwirkungen und Kollateralschäden ausgeblendet. „Diejenigen, die die Vorteile der Risiken genießen“, schrieb der Soziologe Ulrich Beck 2007 in seinem Buch „Weltrisikogesellschaft“, „sind nicht dieselben, die die Nachteile ausbaden müssen“.

Bruno Bandulet war Chef vom Dienst der Welt und ist Herausgeber des „Deutschland-Briefs“.

Versprochen und gehalten

Rückschau auf die Amtszeit Donald Trumps: Was hatte der Präsident der USA angekündigt zu tun und was hat er umgesetzt? Eine Übersicht

Ronald Berthold

US-Präsident Donald Trump stellt sich nächste Woche der Wiederwahl. Selten sah sich ein führender Politiker so dauerhaft dem Trommelfeuer von Presse und politischen Gegnern im In- und Ausland ausgesetzt. Ist die unaufhörliche, zum Teil haßerfüllte Kritik berechtigt?

Mit seiner Wahl 2016 verbanden viele Amerikaner Hoffnungen auf einen grundlegenden Wandel. Der heute 74jährige hatte versprochen, Amerika wieder groß zu machen. Dazu gehörte, die Wirtschaft anzukurbeln, nach Fernost verlagerte Arbeitsplätze zurückzuholen, die illegale Einwanderung zu bekämpfen, China die Stirn zu bieten und eine Politik zu betreiben, die „Amerika zuerst“ im Blick hat.

Außenpolitisch kündigte er an, Kriege zu beenden, GIs heimzuholen und dem Friedensprozeß im Nahen Osten neuen Schwung zu verleihen. Im Wahljahr kam ihm die Corona-Pandemie dazwischen, in der der Präsident nicht immer eine gute Figur abgab. Was hat der „Dealmaker“ gehalten, was nicht? Trump sagt über sich: „Ich bin der einzige Kandidat, der euch mehr gegeben hat als im Wahlkampf versprochen.“ Stimmt das? Die JUNGE FREIHEIT macht den Check.

Einwanderung

Trump hatte angekündigt, die illegale Migration über die Südgrenze einzudämmen. Tatsächlich erließ er als Präsident mehr als 400 Dekrete, damit dort keine Einreiseanträge mehr bearbeitet werden. Das war so erfolgreich, daß die Einwanderungsbehörde zahlreiche Mitarbeiter entlassen mußte. Auch der Bau einer

Mauer an der 3.145 Kilometer langen Grenze zu Mexiko gehörte zu den zentralen Versprechen des Republikaners. Trotz finanzieller Blockade des von den Demokraten beherrschten Kongresses hat Trump mit dem Bau der Befestigungen begonnen. Um die Kosten tragen zu können, rief er den Notstand aus. Inzwischen sind 494 Kilometer fertig. Das entspricht der Entfernung von Kiel nach Leipzig über die A7.

Corona-Pandemie

Die Pandemie verhagelte dem Präsidenten nicht nur die bis dahin herausragende Wirtschaftsbilanz. Er gab auch nicht immer die beste Figur ab. Zwar verbot er lange vor der EU Flüge aus China. Aber zu widersprüchlich, provokativ und zuweilen peinlich waren seine Aussagen im Zusammenhang mit der Krankheit. Aufgrund der föderalen Strukturen der USA blieb die Entscheidung über die Pandemie-Maßnahmen in den Händen der Gouverneure, die ebenfalls zahlreiche Fehler machten. Trump untersagt seit März per Proklamation Touristen aus dem Schengen-Raum, also auch Deutschen, die Einreise.

UN-Migrationspakt

Im 2016er Wahlkampf spielte der UN-Migrationspakt keine Rolle. Insofern fällt dessen Ablehnung in die Kategorie „Mehr gehalten als versprochen“. Als einziger von 193 UN-Mitgliedsstaaten verweigerten die USA die Billigung des Vertrages, der maßgeblich von Trumps Vorgänger Barack Obama erdacht worden war. Der Pakt erklärt Migration von armen in reiche Länder zu einem globalen Grundrecht. Später – zum Teil erst nach der Verabschiedung in Marrakesch 2019 – folgten diverse osteuropäische Staaten, Australien und Österreich dem Schritt Trumps.

Justiz

Ein bleibender Triumph bleibt, unabhängig von seiner Wiederwahl, die Besetzung des Obersten Gerichtes der USA. Trump konnte in seiner ersten Amtszeit drei neue konservative Richter auf Lebenszeit einsetzen – zuletzt im Eilverfahren diesen Montag die strenggläubige Katholikin Amy Coney Barrett. Das Mehrheitsverhältnis am Supreme Court verschob sich damit auf 6:3 zugunsten der Republikaner.

Verteidigungspolitik

Im Vergleich zu seinen Vorgängern hat sich Donald Trump militärisch sehr zurückgehalten. Trotz zahlreicher global auftretender Konfliktherde führten die US-Streitkräfte auf seinen Befehl 2017 und 2018 lediglich jeweils einen Luftangriff in Syrien aus. Zudem ließ er am 2. Januar den iranischen General der Revolutionsgarden, Qassem Soleimani, per Drohnenangriff in Bagdad töten. Kriege, wie Obama, der

Friedensnobelpreisträger, Bush und Clinton zuvor, hat er nicht begonnen. Trump zieht außerdem gemäß seines Wahlversprechens Soldaten aus dem Ausland ab. Allein 12.000 der 36.000 hier stationierten GIs werden Deutschland verlassen. Unter Trump ist die USA kein Weltpolizist mehr, der mit Waffengewalt seine Interessen durchsetzt. Der Präsident vertraut mehr seinem Verhandlungsgeschick denn Militäroperationen. Daß er sich als „Dealmaker“ bisweilen überschätzt, zeigten seine Treffen mit Nordkoreas Diktator 2018: In Hinblick auf das eigentliche Ziel, Nordkorea zur Beendigung seines Atomprogramms zu bewegen, waren die spektakulär inszenierten Begegnungen nicht nur ergebnislos, sondern sie werteten Kim Jong-un vor der Weltöffentlichkeit auf und verschafften ihm Zeit.

Staatsverschuldung

Die Verschuldung des Staatshaushaltes ist unter Trump stetig gestiegen. Er übernahm Miese von 19,8 Billionen Dollar. Schon kurz nach seiner Amtszeit wuchs das Manko auf 20,3. Im November 2018 erreichte es rund 22 Billionen. Bis Juni 2019 blieb die Verschuldung konstant, um dann im Februar dieses Jahres – also noch vor der Corona-Krise – auf 23,4 Billionen zu klettern. Insgesamt haben die USA in ihrem Fiskaljahr, das dort traditionell im Oktober beginnt, schon 2,7 Billionen Dollar neue Schulden angehäuft. Im Zuge der Hilfsprogramme für die gebeutelte US-Wirtschaft steht die Staatsverschuldung aktuell bei 26,9 Billionen Dollar – ein Plus von 40 Prozent. Unter Vorgänger Barack Obama wuchs sie allerdings ohne Pandemie um 100 Prozent.

Außenhandel

Seinen Slogan „America first“ verband Trump mit dem Ziel, aus für die USA wirtschaftlich schädlichen Verträgen auszusteigen. Kurz nach seiner Wahl beerdigte Trump das fertige, von Obama mit der EU ausgehandelte Freihandelsabkommen TTIP. Das von ihm im Wahlkampf als „schlechtesten Deal aller Zeiten“ bezeichnete Nafta-Freihandelsabkommen mit Kanada und Mexiko von 1994 konnte der Präsident tatsächlich beenden und ein neues aushandeln. Die drei Länder einigten sich auf Trumps Druck im vergangenen Dezember auf das USMCA-Abkommen, das für die USA deutliche Vorteile bringt. Außerdem zog sich Trump aus dem Handelsabkommen der Transpazifischen Partnerschaft zurück.

Klimawandel

Die USA traten, wie von Trump im Wahlkampf angekündigt, 2017 aus dem Pariser UN-Klimaschutzabkommen aus. Es war nur vier Tage vor dessen Wahl in Kraft getreten. Der Präsident hatte es als „unfair“ bezeichnet. Der Vertrag verpflichtet die Industriestaaten, von 2020 bis 2025 jährlich 100 Milliarden Dollar für den Umbau der

Energieversorgung auszugeben und zur Beseitigung von durch den Klimawandel angerichtete Schäden an Entwicklungsländer zu zahlen. China – obwohl nach den USA die zweitgrößte Wirtschaftsmacht der Welt – ist als Schwellenland davon ausgenommen.

Arbeitsmarkt

Die Arbeitslosenquote sank unter Trump Jahr für Jahr, bis sie 2019 mit 3,67 Prozent den tiefsten Stand seit 50 Jahren erreichte. Selbst in den konjunkturschwachen Monaten Januar und Februar 2020 fiel sie weiter bis auf das Rekordtief von 3,5 Prozent. Dann kam das Coronavirus und damit ein Anstieg auf 14,4 Prozent im April. Insgesamt verloren zwischenzeitlich 23,5 Millionen Amerikaner ihre Arbeit. 11,5 Millionen fanden danach wieder einen neuen Job. Im September lag die Arbeitslosenquote noch bei 7,9 Prozent.

Krankenversicherung

Ein großes Thema im Wahlkampf vor vier Jahren war das vom scheidenden Präsidenten eingeführte „Obama-Care“. Trump versprach, das bei vielen Amerikanern wegen ihres Pflichtcharakters und den teuren Leistungen unbeliebte Gesundheitssystem zu reformieren. Das gelang nur zum Teil. Die Pflicht, dieser gesetzlichen Krankenversicherung beizutreten, konnte der Präsident zwar aufheben. „Obama-Care“ durch ein anderes System zu ersetzen, scheiterte jedoch, auch an Republikanern.

Handelskrieg mit China

Trump macht China für die negative Handelsbilanz zwischen den beiden Ländern verantwortlich und wirft den Asiaten Diebstahl geistigen Eigentums vor. Um das Defizit zu reduzieren, begann er einen Handelskrieg mit dem kommunistischen Staat. Gegenseitige Strafzölle folgten. Der Erfolg für die USA blieb jedoch mäßig. Das Minus sank zwar zunächst von 594 im Jahr 2015 auf 351 Milliarden Dollar. Im vergangenen Jahr stieg es aber wieder auf 422 Milliarden.

Nahost-Politik

Trump hat als erster Präsident das permanente Versprechen der USA eingelöst, Jerusalem als israelische Hauptstadt anzuerkennen. Er verlegte die Botschaft von Tel Aviv dorthin. Wie angekündigt brach er auch mit dem iranischen Atomabkommen, das der Islamischen Republik erlaubt, die Kernenergie friedlich zu nutzen. Die USA befürchten jedoch, daß das Mullah-Regime, das mit der „Vernichtung“ Israels droht, die Atombombe entwickelt. Trump gelang es auch, den Nahost-Friedensprozeß wieder

in Gang zu setzen, indem er die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten sowie Bahrain vermittelte.

Steuern und Wirtschaft

Schon kurz nach Amtsantritt setzte Trump ein zentrales Wahlversprechen um: Er senkte die Steuern für Arbeitnehmer und Unternehmer deutlich. Unter anderem setzte er die Körperschaftssteuer von 35 auf 21 Prozent herab. Die Kaufkraft wuchs. In der Folge stieg das Wirtschaftswachstum, das 2016 noch bei 1,6 Prozent gelegen hatte: 2017 um 2,4, ein Jahr später um 2,9 und 2019 um 2,3 Prozent. Die von Trump versprochenen 3,5 Prozent wurden jedoch nie erreicht. Für 2020 wird wegen der Corona-Pandemie nun ein Einbruch um 4,3 Prozent erwartet.

Sie will sich nicht unterwerfen

Nachbetrachtung: Mit dem Rauswurf seiner renommierten Autorin Monika Maron hat der S. Fischer Verlag seinen Daseinszweck verfehlt
Thorsten Hinz

Die Frankfurter Buchmesse hat in diesem Jahr bloß virtuell, in Wirklichkeit also so gut wie gar nicht stattgefunden. In dem Fall war die Intervention durch Corona ein Akt höherer Gerechtigkeit, denn die alljährlichen Selbstfeiern des Literaturbetriebs, der sich weitgehend als Transmissionsriemen der Politik und als Lautverstärker volkspädagogischer Kampagnen betätigt, waren nur noch ein Grund zum Fremdschämen.

Die Gelegenheit, in der erzwungenen Quarantäne in sich zu gehen, hat der Betrieb verpaßt. Am letzten Messetag wurde bekannt, daß der S. Fischer Verlag seiner Autorin Monika Maron nach fast 40 Jahren die Zusammenarbeit aufgekündigt hat. Nun ist die 79jährige ein Schwergewicht in der deutschen Gegenwartsliteratur; wenn eine lebende Autorin das Prädikat „renommiert“ für sich beanspruchen kann, dann Maron. Sie sei „politisch unberechenbar“, habe der Verlag ihr mitgeteilt. Das ist die Sprache des Polizeistaates, dessen Ideal die totale Berechenbarkeit der Bürger in sämtlichen Lebenslagen ist.

Literatur, die etwas taugt, muß mehr und anderes bieten als nur Zerstreung und die Bestätigung normierter Weltbilder und Gewißheiten. Sie strebt danach, ihrem Leser einen überraschenden Modus der Wahrnehmung und damit einen neuen Zugang zur Wirklichkeit zu vermitteln. Die ästhetische und geistige Inspiration kann auch politische

Impulse freisetzen, die über die normative Wirklichkeit hinausgehen und staatliches Handeln in Frage stellen. Die Unberechenbarkeit, auch die politische, ist die natürliche Eigenschaft eines jeden ernsthaften Künstlers. Ein Verlag, der das nicht mehr duldet, hat seinen Zweck verfehlt.

Nach den Erklärungen aus dem Hause Fischer stand am Beginn der politischen Infektionskette Marons Essayband „Krumme Gestalten, vom Wind gebissen“ (JF 12/20) beziehungsweise sein Erscheinungsort, das Buchhaus Loschwitz in Dresden, seit Jahren eine literarische Referenzadresse in der sächsischen Landeshauptstadt. Mit dessen Inhaberin Susanne Dagen ist Monika Maron befreundet. Jedoch gilt Susanne Dagen als „umstritten“, seitdem sie auf der Frankfurter Buchmesse 2017 einen offenen Brief, die „Charta 2017“ initiierte, die gegen die Übergriffe auf mißliebige – „rechte“ – Verlage protestierte und vor einer „Gesinnungsdiktatur“ warnte. Dem Börsenverein des Buchhandels wurde vorgeworfen, mit dem Aufruf zu „aktiver Auseinandersetzung“ unter Nennung der Standnummern indirekt zu Gewalt aufgerufen zu haben.

Skandalisiert wurde nun zunächst die simple Tatsache, daß Marons Essayband auch vom Buchversand des Verlags Antaios in Schnellroda vertrieben wird, allerdings nicht – wie suggeriert wurde – im Exklusiv-Vertrieb. Der Versand verschickt jedes erreichbare Buch, darunter auch Exemplare von Fischer-Autoren und sogar von feindlich gesinnten Schreibern, deren Berufsethos sich darin erfüllt, aus den Antaios-Eigenproduktionen vermeintlich braune Ingredienzien herauszufiltern.

Als weiterer Punkt in der Anklage dient das Literarische Terzett „Aufgeblättert. Zugeschlagen – Mit Rechten lesen“, das Frau Dagen veranstaltet und an dem Ellen Kositzka, die Ehefrau des Antaios-Verlegers Götz Kubitschek, als ständige Kritikerin teilnimmt. Die Gesprächsrunde ist im Internet abrufbar, der Ton ist durchweg moderat, die Auswahl der Bücher liberal.

Doch was hat das alles mit Monika Maron tun? Nun, sie hat die Distanzierung von Susanne Dagen und damit die Unterwerfung unter das gesunde Volksempfinden, wie die Medien und der Literaturbetrieb es verstehen, verweigert. „Ich grenze mich grundsätzlich nicht von Freunden ab, nur weil wir vielleicht unterschiedlicher Meinung sind“, sagte sie der Berliner Zeitung. Dagen sei „eine Oppositionelle mit einem leidenschaftlichen Sinn für Gerechtigkeit“. Maron bemängelt lediglich, daß die Buchreihe, in der ihre Essays erschienen sind, „Exil“ heißt. Sie befände sich ja nicht im Exil.

Die Verlagschefin von Fischer, Siv Bublitz, glaubt zu wissen: „Der Antaios Verlag propagiert nicht nur nationalistische und rassistische Theorien, sondern ist auch Inspirator für den völkischen ‘Flügel’ der AfD.“ So kommt sie zu dem zwingenden Schluß: „Hier genau liegt der Kern unserer Entscheidung. Im S. Fischer Verlag können wir nicht indirekt ein publizistisches Netzwerk unterstützen, das der Tradition, der Geschichte und den Werten des Verlages widerspricht.“

Ein klarer Fall von Kontaktschuld und von „Cancel Culture“ also, dessen der Verlag sich schuldig macht. Aber nicht nur das. „Nationalistisch“, „rassistisch“, „völkisch“, dazu noch „islamophob“, „homophob“ und natürlich „rechts“ – das ist die polizeiliche Begrifflichkeit, die das intellektuelle und künstlerische Leben im Schwitzkasten hält. Ein Verlag, der das Verleger-Ethos ernst nimmt, müßte seine Autoren ermuntern, die geistige Selbstfesselung der Gesellschaft zum Thema anstatt sie sich zu eigen zu machen.

Was besagen hier die Traditionen, Werte und die Geschichte? Der von Samuel Fischer (1859–1934) gegründete Verlag stand unter den Nationalsozialisten unter schwerstem Druck. Der Schwiegersohn Gottfried Bermann Fischer ging daher 1936 nach Wien, später nach Stockholm und in die USA, wo er für die deutschsprachige Exilliteratur den Bermann-Fischer Verlag etablieren konnte.

Der berühmteste Fischer-Autor im äußeren Exil war Thomas Mann. Daneben gab es ein inneres Exil, für das der von Peter Suhrkamp geleitete Teil des Verlags zuständig war. Zur Emigration im Innern zählte Fischers Cheflektor, der Lyriker Oskar Loerke. Der berühmteste Vertreter war natürlich Gerhart Hauptmann, der 1941 in der Verlagszeitschrift Neue Rundschau den Prosatext „Das Märchen“ veröffentlichte, eine Goethe-Adaption, die in einer unheimlichen Zwischenwelt mit qualmenden Krematorien spielt, „wo man Tag und Nacht menschliche Torheit zu Asche brennt“ – eine deutliche Anspielung auf die T4-Aktion, den Mord an Geisteskranken. Ein Beispiel nur, wie die Literatur eine Stellvertreterfunktion für das sonst Unsagbare übernimmt.

Ganz falsch ist die „Exil“-Bezeichnung auch im Fall von Monika Maron nicht. In ihren Romanen thematisiert sie den Gender-Kult, die schrankenlose Einwanderung, den Islamismus, den ideologischen Anpassungsdruck in der ach so freien Gesellschaft – Themen, die in den Medien gar nicht oder unter affirmativem „Framing“ behandelt werden. Jetzt will der S. Fischer Verlag ihr dafür kein Exil mehr gewähren. Ausschlaggebend dafür dürfte Angst sein. Die Verlautbarungen von Frau Bublitz klingen eher ängstlich als ideologisch verbohrte. Nicht jeder hat das Zeug zum Peter Suhrkamp.

Mitgeholfen, die Bluthunde auf die Spur zu setzen, hat die FAZ. Mitte August erschien dort eine ausführliche Rezension zum jüngsten Maron-Roman „Artur Lanz“ (JF 37/20), die mit Bemerkungen zum Essayband, zur „Exil“-Reihe und zu Susanne Dagen eingeleitet wird: „Die Buchhändlerin vertreibt diese eigene Buchreihe über den Antaios-Verlag des neurechten Götz Kubitschek, gegen dessen Institut laut Verfassungsschutz ‘Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung’ vorliegen.“ Den Inlandsgeheimdienst als Referenzgröße in den literarischen Diskurs einzuführen, ist allein aus ästhetischen Gründen ein Unding. Doch es ist auch bezeichnend. Außerdem darf die Schreiberin sich durch den Effekt bestätigt fühlen: Gibt man bei Google „Monika Maron“ und „Verfassungsschutz“ ein, erhält man über 6.000 Treffer. Ist es da ein Wunder, daß man bei Fischer kalte Füße bekommen hat?

Eine gestandene Autorin wie Monika Maron wird auch das durchstehen. Für jüngere Autoren hingegen bedeutet die Affäre eine Anleitung zum gebeugten Gang. Künftige Buchmessen – wenn es sie überhaupt noch gibt – werden als Veranstaltungen für „Krumme Gestalten, vom Wind gebissen“, stattfinden.